

Sehr verehrte Anwesende,

ich bin hier als Vertreter des parteiunabhängigen Bündnisses für den Palast. Wir kämpfen für ein Moratorium für den Palast der Republik, solange es noch kein endgültiges Konzept für die Nutzung und Finanzierung des Nachfolgeprojekts gibt. Unsere Mittel, um das zu erreichen, sind diverse öffentlichkeitswirksame Aktionen wie z.B. der erste Stoptag, zu dem ich ja hier wahrscheinlich nicht mehr viel sagen muss. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich für Ihre Unterstützung bei unseren Aktionen bedanken. Weitere Aktionen werden in den nächsten Tagen folgen.

Ausserdem haben wir in den letzten zwei Monaten über 10.000 Unterschriften gegen den Abriss gesammelt, die nächste Woche unter anderem der Senatorin Junge-Reyer übergeben werden sollen. Wie hier sicher allen klar ist, ist sie im Moment der wichtigste Adressat für unser Anliegen, da sie trotz der immer intensiver werdenden Diskussion in der Öffentlichkeit und gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung in den nächsten Tagen die Vergabe des Abrissauftrags vornehmen will. Nicht einmal die aktuelle Debatte im Bundestag zu diesem Thema scheint diese Frau zu beeindrucken.

Dabei müsste inzwischen auch Schlossbefürwortern eigentlich klar geworden sein, dass die Pläne für das inklusive der Finanzierung 1,2 Milliarden Euro teure Humboldt-Forum in einer Zeit der Sparzwänge und der gravierenden Kürzungen von Sozialleistungen den Bürgern wie blanker Hohn erscheinen müssen.

Das einzige, was Berlin von der ganzen Sache haben wird, ist eine jahrelange Brachfläche mitten im historischen Zentrum, die wohl teuerste Wiese aller Zeiten!

Ich will aber auch auf einen anderen Aspekt hinweisen, der in der öffentlichen Diskussion gern ignoriert wird. Der Palast hat nicht nur seine wohlbekanntere ältere Geschichte. Er hat auch eine jüngere! Die Zwischennutzung der letzten zweieinhalb Jahre hat ihn zu einem vielbestaunten und in dieser Form weltweit einmaligen Ort gemacht - zu einem Ort der freien Entfaltung des kulturellen Lebens dieser Stadt.

Wenn Kulturstaatsminister Neumann vorgestern in seiner Rede im Bundestag davon spricht, dass „die wesentliche Aufgabe der Kulturpolitik des Bundes in der Gestaltung und möglichen Verbesserung der kulturellen Rahmenbedingungen liegt“, dann muss doch die

Frage erlaubt sein, warum man einen Ort mit einem solchen kulturellen Potential zum Abriss frei gibt.

Dieser Ort hat während der Zwischennutzung der letzten zwei Jahre nicht nur bei vielen Touristen einen bleibenden Eindruck hinterlassen, sondern auch in den internationalen Medien ein sehr positives Echo hervorgerufen.

Herr Tiefensee, unser neuer Bundesbauminister, hat vorgestern seine Arbeit in den Kontext der gesellschaftlichen Zusammenhänge in den Städten gestellt und darauf verwiesen, auch die europäische Ebene im Blick zu haben.

Dieser Blick ist ein guter Anfang! So müssen wir denken - und noch weiter! Aber dazu müssen wir uns auf das Potential besinnen, was existent ist.

Berlin ist am 2. November von der UNESCO für das CREATIVE CITIES-Programm nominiert worden und hat dabei Metropolen wie New York, London oder Barcelona hinter sich gelassen. Diese Nominierung, und das geht in erster Linie an den heute leider nicht anwesenden Wirtschaftssenator Wolf, ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der in naher Zukunft dazu führen könnte, dass Firmenansiedlungen wie die von Universal oder MTV vom Einzelfall zum Regelfall werden.

Um diese Entscheidung der UNESCO zu rechtfertigen, wird sich der Senat einiges einfallen lassen müssen. Eine weitere Zwischennutzung des Palastes der Republik könnte ein Glanzstück sein auch im Konzept für die Rechtfertigung dieser Nominierung, denn einen besseren Ort für die Entfaltung von Kreativität gibt es zur Zeit nicht in Berlin.

Für einen Abriss zum jetzigen Zeitpunkt gibt es dagegen keinen einzigen vernünftigen Grund. Ich appelliere deshalb an Herrn Wowereit und an den Berliner Senat, insbesondere natürlich an die Senatorin Junge-Reyer:

Lassen Sie es nicht zu, dass dieses vorhandene Potential sinnlos vergeudet wird. Riskieren sie nicht Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe und eine erneute Blamage für den Senat, sondern warten sie das Ergebnis der Diskussion im Bundestag ab, bevor sie mit der Vergabe des Auftrags vorschnell vollendete Tatsachen schaffen.

Das Selbstverständnis der Politiker ist in eine Schiefelage geraten, wenn Bundestagsbeschlüsse, die auf der Grundlage einer völlig anderen Tatsachenlage getroffen wurden, zu einer Frage der Selbstachtung des Parlaments hochstilisiert werden, wie es gestern in der Kulturdebatte im Bundestag Herr Otto von der FDP versucht hat.

Wir sind der Meinung - und damit stehen wir nicht allein – das gerade unser höchstes Organ in der Lage sein muss, veränderte Gegebenheiten zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Diese Problematik kann keine Frage der Selbstachtung sein, sie muss eine Frage der Vernunft sein!

Einen weiteren Appell, und deswegen bin ich eigentlich heute hier, möchte ich an die Anwesenden richten:

Bestärken Sie Ihre Senatoren und die Abgeordnetenhausfraktion darin, alles in ihrer Macht stehende gegen den Abriss des Palastes zu tun. Fordern Sie sie heute noch dazu auf, diesen Abriss zu verhindern!

Ihre Partei ist an der Macht in dieser Stadt, also hat sie auch die Macht, einen Abrisstopp oder zumindest die Verschiebung der unmittelbar bevorstehenden Vergabe des Auftrags durch die Senatorin Junge-Reyer zu erreichen! Riskieren Sie dafür ein Aufbegehren gegen die Koalitionsräson!

Eine andere Welt fängt immer sofort an und nur Sie können jetzt noch etwas tun! Und das ist es auch, was Ihre Wählerinnen und Wähler am Anfang des Wahljahres von Ihnen erwarten.

Nur Sie – hier und heute - können in der Koalition noch verhindern, dass der Senat vorzeitig vollendete Tatsachen schafft.

Sie haben die Macht! - Und damit die Verantwortung!